

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags
betreffend
den Schutz der heimischen IndustriearbeiterInnen gegen Preisdumping

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene sämtliche Handelsschutzinstrumente ergriffen werden um den fairen Welthandel sicherzustellen und dadurch europäische Industriearbeitsplätze – insbesondere in den aktuell am meisten gefährdeten Branchen wie der Stahlindustrie, dem Maschinenbau, der Chemie und Keramik – wirksam gegen Preisdumping durch chinesische Konkurrenzprodukte zu schützen.

Begründung

Aufgrund ungleicher Rahmenbedingungen steht die europäische Industrie im internationalen Wettbewerb mit China unter starkem Druck. Wogegen in Europa nach strengen ökologischen Standards möglichst energie- und klimateffizient produziert wird, fehlen in China vergleichbare Regeln. Während in Europa die IndustriearbeiterInnen in angemessener Form bezahlt werden und sozial abgesichert sind, ist der Schutzstandard von chinesischen Beschäftigten kaum vergleichbar. Diese ungleichen Rahmenbedingungen haben bereits in der Vergangenheit massive Auswirkungen gezeigt. So hat der EU-Stahlsektor seit 2008 bereits 85.000 Arbeitsplätze eingebüßt.

China hat in den vergangenen beiden Jahren seine Stahlimporte in die EU verdoppelt. Wie häufig dabei Dumping im Spiel ist, belegt allein die Tatsache, dass 60% der EU-Anti-Dumpingmaßnahmen gegen chinesische Produkte gerichtet sind. Chinesisches Dumping funktioniert primär über einen Export-Verkaufspreis, der unter den chinesischen Herstellungskosten liegt, und wird weiter begünstigt durch die staatlich gesteuerte chinesische Währungspolitik. Zusätzliche problematische Komponenten, die jedoch kein Dumping im engeren Sinn darstellen, sind die chinesischen Produktionsbedingungen zu deutlich niedrigeren Umwelt-, Klima- und Sozialstandards. Die EU-Schutzmaßnahmen gegen chinesisches Dumping sind nun in Gefahr, weil China auf die Anerkennung als Marktwirtschaft drängt und sich dabei auf einen Passus im Beitrittsprotokoll Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) beruft, der laut Chinas Rechtsmeinung eine automatische Anerkennung nach 15-jährigem Zeitablauf beinhalten würde

Tatsächlich ist China vom Status einer Marktwirtschaft jedoch meilenweit entfernt. Die EU hat dazu fünf Kriterien definiert (Beseitigung von Tauschhandel; Fehlen von Regierungsinterventionen in das Management von Unternehmen; Transparentes Unternehmensrecht und Corporate Governance; Funktionierendes Eigentumsrecht und Insolvenzsystem; Finanzsektor, der frei von Regierungsmanipulation ist), wovon China lediglich das Kriterium „Beseitigung des Tauschhandels“ erfüllt.

Die Nichtanerkennung von China als Marktwirtschaft ist deshalb so bedeutend, weil die Möglichkeiten der EU, die heimischen Industriearbeitsplätze gegen chinesisches Dumping zu schützen, durch eine Anerkennung massiv eingeschränkt würden. Die dramatischen Folgen zeigt das Economic Policy Institute (EPI) auf: Ohne Anti-Dumping-Maßnahmen der EU wären zwischen 1,7 und 3,5 Millionen europäische Arbeitsplätze gefährdet.

Vor diesem Hintergrund treten die unterzeichneten Abgeordneten für eine konsequente Haltung der EU gegenüber China ein – sowohl in der Frage der Nichtanerkennung als Marktwirtschaft, als auch beim Verhängen von notwendigen Schutzzöllen zugunsten der heimischen Industriearbeitsplätze. Es wäre auch ein nachhaltiger Schaden für Klima und Umwelt, wenn die saubere Industrieproduktion in Europa durch klima- und umweltschädlichere chinesische Produkte verdrängt würde.

Linz, am 1. März 2016

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Schaller, Makor, Weichsler-Hauer, Müllner, Rippl, Promberger, Punkenhofer, Peutlberger-Naderer, Binder, Krenn, Bauer

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Kirchmayr, Csar, Brunner, Langer-Weninger, Manhal, Aspalter, Dörfel, Frauscher, Weinberger, Raffelsberger, Stanek, Rathgeb

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr